

## Verfassungsschutz erklärt Verfassung für rechtsextrem

Stellen Sie sich vor, ein Beamter liest Artikel 116 des Grundgesetzes, schlägt die Akte zu - und stuft das Gelesene als verfassungsfeindlich ein. Genau das geschieht derzeit in Deutschland. Der Verfassungsschutz wirft der AfD vor, einen "ethnischen Volksbegriff" zu verwenden - und wertet das als Beleg für rechtsextremes Gedankengut.

Dumm nur: Der "ethnische Volksbegriff" steht im Grundgesetz. Genauer gesagt in Artikel 116 Absatz 1. Dort ist von "deutscher Volkszugehörigkeit" die Rede - als Voraussetzung für die deutsche Staatsangehörigkeit.

Wer das für extremistisch hält, erklärt nicht nur die AfD zum Verdachtsfall. Er erklärt das Grundgesetz zur Gefahr.

Zur Erinnerung: Artikel 116 GG definiert, wer "Deutscher" im Sinne des Grundgesetzes ist. Dort heißt es: "Deutscher ist (...) wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Abkömmling (...) Aufnahme gefunden hat."

Was damit gemeint ist, lässt sich kaum missverstehen: Es geht um Abstammung. Um ethnische Herkunft. Um Menschen, die formell keine Staatsbürger waren, aber als Deutsche galten - weil sie aus deutschen Familien stammen. Wer etwa 1950 als Kind eines Volksdeutschen aus Ungarn nach Bayern kam, wurde unter Berufung auf seine ethnische Zugehörigkeit eingebürgert.

Der Begriff ist nicht nur eindeutig ethnisch - er war sogar gewollt ethnisch. Und steht bis heute im Grundgesetz. Wer also den "ethnischen Volksbegriff" pauschal als verfassungsfeindlich erklärt, müsste Artikel 116 für rechtsextrem halten. Genau das aber tut der Verfassungsschutz - implizit, aber folgenschwer.

### Ein Kronzeuge namens Brodkorb

Mathias Brodkorb war Kultus- und Finanzminister in Mecklenburg-Vorpommern - für die SPD. Er war lange zuständig für Rechtsextremismusprävention, gilt als intellektuell redlich, keineswegs als AfD-nah. Heute ist er Kolumnist beim "Cicero" - und Autor eines kritischen Buchs über den Verfassungsschutz. Wenn so jemand Alarm schlägt, sollte man zuhören.

Brodkorb hat in einem viel beachteten Text darauf hingewiesen, dass der Verfassungsschutz seiner Logik nach auch die Väter des Grundgesetzes beobachten müsste. Denn die Definition in Artikel 116 - "deutsche Volkszugehörigkeit", "Abkömmling" - sei ethnisch-kulturell geprägt. Genau das reiße dem Bundesamt heute, um eine Partei zum Fall für den Geheimdienst zu machen.

Der Vorwurf an die AfD: Sie spreche nicht vom "Staatsvolk", sondern vom "ethnischen Volk". Und das sei ein Anzeichen für Verfassungsfeindlichkeit. Brodkorb entlarvt das als hermeneutischen Trick: Wer ohnehin davon ausgeht, dass die AfD verfassungswidrig denke, kann in jeder harmlosen Aussage einen Beleg für diese Annahme finden. Der Beweis wird ersetzt durch eine Vorannahme.

Ein Muster, das an Verschwörungstheorien erinnert - nur umgekehrt: Hier ist es der Staat, der überall "Codes" und "Signale" zu erkennen glaubt.

### Der Schutz wird zur Bedrohung

Der Verfassungsschutz hat kein unabhängiges Urteil gefällt, sondern einen politischen Akt gesetzt - kurz vor dem Abgang der Innenministerin Nancy Faeser (SPD), ohne festen Behördenleiter, inmitten eines Umfragetiefs der Regierungsparteien. Das wirkt nicht wie staatliche Neutralität, sondern wie parteipolitische Strategie.

Über tausend Seiten soll das Gutachten umfassen - doch veröffentlicht wird es nicht. Man beruft sich auf Geheimhaltung. Dabei, so Brodkorb, stammen fast alle verwendeten Quellen aus öffentlich zugänglichem Material. Der Trick: Man schweigt sich aus - und entzieht sich damit jeder Kontrolle.

Dass der Verfassungsschutz in der Vergangenheit mehrfach rechtswidrig handelte, ist dokumentiert. Er wurde von Gerichten zurückgepfiffen - im Fall Ramelow, im Fall Gössner, im Fall zahlreicher Linken-Politiker. Die Vorstellung, er sei unfehlbar oder gar "objektiv", ist reines Wunschdenken. Er ist eine weisungsgebundene Behörde. Ihr Chef ist der Bundesinnenminister. Und genau das macht die Sache so brisant: Wo politische Interessen mit geheimdienstlichen Mitteln durchgesetzt werden, gerät das Gleichgewicht der Demokratie ins Wanken.

## **Demokratische Selbstbestimmung - oder Gesinnungskontrolle?**

Das Grundgesetz kennt keine Pflicht zum postnationalen Weltbürgertum. Es schützt das Recht "des deutschen Volkes" (sic!), sich über Einwanderung, Staatsbürgerschaft und nationale Identität eine eigene Meinung zu bilden. Auch dann, wenn sie dem politischen Mainstream widerspricht.

Ex Kultur-Staatsminister Julian Nida-Rümelin, ebenfalls SPD, nennt das demokratische Selbstbestimmungsrecht sogar ein Menschenrecht: Die Bürger müssen über das Wer, Wie und Ob von Migration diskutieren dürfen - offen, kontrovers, angstfrei.

Doch genau das wird nun kriminalisiert. Wer die Wortwahl des Grundgesetzes übernimmt und vom "deutschen Volk" spricht, wird zum Verdachtsfall. Wer Artikel 116 ernst nimmt, wird unter Beobachtung gestellt. Wer das Grundgesetz beim Wort nimmt, steht plötzlich im Verdacht, es zu gefährden.

## **Der Staat als Risiko**

Brodkorb hat recht: Die Beweisführung des Verfassungsschutzes ist kein Beweis, sondern eine Konstruktion. Und die Konstruktion ist gefährlich - nicht nur für eine Partei, sondern für das ganze System.

Denn entweder folgt nun ein Parteiverbotsverfahren - mit allen Risiken des Scheiterns. Oder der Staat lässt es dabei bewenden, dass eine zugelassene Partei dauerhaft vom Inlandsgeheimdienst verfolgt wird. Beides beschädigt das Vertrauen in die Demokratie. Und beides führt in eine neue Qualität der Repression: Nicht das, was man tut, zählt - sondern das, was man angeblich meint.

Wer so denkt, braucht keine Justiz mehr, sondern nur noch Gesinnungsprüfer. Und irgendwann ein neues Grundgesetz - eines ohne Artikel 116.

## **Buchempfehlung zum Thema**

Mathias Brodorb: Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?

Wie der Verfassungsschutz vom Verfassungswächter zum politischen Instrument wurde - sechs Fallstudien, scharfsinnig und besorgniserregend. Ein Insiderblick auf die Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien.

► Zum Buch

Im Dezember 2019 ging meine Seite an den Start. Heute erreicht sie Millionen Leser im Monat - und setzt Themen, die selbst große Medien nicht mehr ignorieren können.

## **Mein Ziel:**

Dem Wahnsinn unserer Zeit trotzen. Kritisch, unabhängig und furchtlos der Regierung und ihren Hofberichterstatern auf die Finger schauen.

Ohne Zwangsgebühren. Ohne Steuergelder. Ohne große Geldgeber. Ohne Abo-Modell. Ohne irgendjemanden zur Kasse zu bitten. **Nur mit Herzblut - und mit Menschen wie Ihnen an meiner Seite.** Jede Geste, ob klein oder groß, bedeutet mir die Welt. Und zeigt mir: Mein Engagement - mit all seinen Risiken und schlaflosen Nächten - fällt nicht ins Leere, verhallt nicht ungehört, sondern bewirkt etwas. Jede Zuwendung ist für mich ein Geschenk. Ein Zeichen der Verbundenheit, das mich trägt.

## **Von Herzen: Danke!**

Der einfachste und billigste Weg, ohne jede Abzüge, ist eine Banküberweisung:

IBAN: DE30 6805 1207 0000 3701 71.

Alternativ sind (wieder) Zuwendungen via Kreditkarte, Apple Pay etc. möglich - allerdings werden dabei Gebühren fällig.

Über diesen Link

BITCOIN-Empfängerschlüssel auf Anfrage

Diejenigen, die selbst wenig haben, bitte ich ausdrücklich darum, das Wenige zu behalten.

Mir ist wichtig, dass jeder meine Seite lesen kann - unabhängig vom Geldbeutel.

Niemand soll denken, er müsse einen "Eintrittspreis" zahlen. Verbundenheit zählt mehr als Geld.

Merz taumelt ins Kanzleramt - aber um welchen Preis? Das wahre Drama hinter dem zweiten Wahlgang

Geheim-Urteil gegen die AfD: Der Staat brandmarkt - aber die Begründung dafür verrät er uns nicht

CDU unterschreibt ihr Ende - Koalitionsvertrag macht sie endgültig zu rot-grünem Erfüllungsgehilfen

Bild: photocosmos1 / Shutterstock.com

**Bitte beachten Sie die aktualisierten Kommentar-Regeln - nachzulesen hier. Insbesondere bitte ich darum, sachlich und zum jeweiligen Thema zu schreiben, und die Kommentarfunktion nicht für Pöbeleien gegen die Kommentar-Regeln zu missbrauchen. Solche Kommentare müssen wir leider löschen - um die Kommentarfunktion für die 99,9 Prozent konstruktiven Kommentatoren offen zu halten.**

**Mehr zum Thema auf reitschuster.de**

Demokratie adé: Verfassungsschutz outet sich als "Antifa":

Der niedersächsische Verfassungsschutz erklärt sich offen zur "Antifa" - ein Tabubruch mit fatalen Folgen. Neutralität gibt es schon lange nicht mehr - aber linksextreme Parolen aus dem Amt, das ist neu.

Faeser will Verfassungsschutz Denunziation erlauben

Kaum bemerkt von den Medien will die "Ampel" ihren Geheimdienstlerin "Zuflüsterungen" legitimieren. So könnten etwa Vermieter vor "Verfassungsfeinden" bald "gewarnt" werden.

Thüringer Verfassungsschutz unter der Lupe

Eine gesetzeskonforme Kommission gibt es weder heute, noch steht zu erwarten, dass sie im Verlauf der neuen Legislaturperiode zusammengestellt werden kann. Warum es so ist, analysiert Mathematik-Professor Dr. Rießinger.

Teile den Beitrag mit Freunden

Zum Originalbeitrag

<https://civil.de/verfassungsschutz-erklaert-verfassung-fuer-rechtsextrem/>